



Bundestagswahl 2017:

Wohnungspolitik im Fokus der Eigenheimer

Im September finden Bundestagswahlen statt. Dabei gilt für uns: Nicht wählen geht gar nicht! Es widerspricht unserem demokratischen Selbstverständnis. Denn es kann nicht sein, dass die Gruppe der „Nicht-Wähler“ inzwischen die größte „Partei“ ausmacht. Dabei muss man immer im Auge behalten: Wer nicht wählt, verhilft immer der Partei zum Ziel, die man partout nicht möchte!

Und als Eigenheimer haben wir doch ganz klare Vorstellungen, was wir wollen und was nicht! Deshalb schauen wir genau hin, was wir zu unseren Forderungen bei den Parteien hören oder in den Programmen lesen:

Wohnungsbauförderung

Wohneigentum muss für breite Schichten der Bevölkerung ermöglicht werden! Maximale Förderung des Wohneigentums! Direkter Zuschuss mit Kinderkomponente!

Generationsgerechtes Wohnen

Fördermaßnahmen zum Umbau in ein generationsgerechtes Eigenheim, sei es nun eine Wohnung oder ein Haus!

Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Sowohl ältere als auch jüngere Kaufwillige werden durch zu strenge Auslegung der Richtlinie von einer Kreditvergabe ausgeschlossen! Deutschland sollte die Richtlinie eins zu eins von der EU übernehmen und nicht noch verschärfen!

Grundsteuer

Ein für die Verwaltungen praktikables Modell stellt das „Physikalische Modell“ dar! Modelle, die den Verkehrswert zugrunde legen, sind aus sozialen Gründen abzulehnen!

Grunderwerbsteuer

Beim selbstgenutzten Wohnen muss sie völlig entfallen!

Energetische Maßnahmen

Keine Leuchtturmprojekte, sondern finanzierbare, vernünftige Standards! Die Verteuerung des Wohnens ist durch Vorgaben der energetischen Maßnahmen entstanden – hier muss zurückgerudert werden! Bei regenerativen Anlagen müssen die nötigen Abstände nachbarschützend eingehalten werden!

Wer das selbst genutzte Wohneigentum für eine wichtige Säule unserer Gesellschaft hält, muss es auch schützen! Wer den generationsgerechten Umbau unserer Häuser für wichtig hält, muss sagen, wie er ihn erreichen will! Wer die energetische Sanierung erfolgreich auch für den Bestand will, muss klar Stellung beziehen, ob er sie mit Zwang oder mit Förderung erreichen möchte!

Natürlich werden wir uns gegen eine Erhöhung der Erbschaft- und Vermögensteuer

wenden, wenn das selbst genutzte Wohneigentum in seiner Substanz besteuert werden soll. Wir plädieren nach wie vor dafür, dass die Erbschaftsteuer Ländersache wird und damit ein natürlicher Wettbewerb zwischen den Ländern entsteht.

Liebe Mitglieder, der Eigenheimerverband Deutschland e.V., das sind Sie alle! Stärken Sie auch unsere Interessenvertretung durch Ihre Stimmabgabe bei den Wahlen zum Bundestag. Denn wenn Sie so wählen, dass unsere gemeinsamen Interessen gewahrt werden, dann wird unsere Arbeit im politischen Raum in den nächsten vier Jahren vielleicht etwas leichter.

Als Verband wahren wir immer unsere parteipolitische Neutralität, was aber nicht heißt, dass wir uns nicht in die Politik einmischen. Mischen auch Sie sich ein, liebe Mitglieder! Das geht am allerbesten in der Wahlkabine!

Ihr Präsidium des Eigenheimerverbandes Deutschland e.V.



Der Eigenheimerverband Deutschland fordert klare Positionen von der künftigen Regierung in Sachen Wohnungspolitik (v.l.n.r.): Vizepräsident Ralf Bernd Herden, Geschäftsführerin Beatrice Wächter, Vizepräsident Frank Behrend und Präsident Heinrich Rösl.

Foto: EHVD